
Rüdiger Hachtmann

Nazismus („Nationalsozialismus“)

Der folgende Artikel wurde ursprünglich als Eintrag unter dem Stichwort ‚Nazismus („Nationalsozialismus“)‘ für das Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus (HKWM) verfasst. Im Mai 2018 wurde er auf der Jahrestagung des Instituts für kritische Theorie (Inkrit) diskutiert, kleinere Änderungen im Anschluss eingearbeitet. Der Text selbst und vor allem die dahinterstehende Grundidee fanden beim Publikum und – anfänglich – auch der Redaktion Zustimmung: zu einer präziseren Begrifflichkeit zu kommen, die nicht auf den von den Nazis selbst benutzten und im Begriff Nationalsozialismus enthaltenen Ideologemen aufbaut, um auf diese Weise nicht zuletzt ein präziseres analytisches Instrumentarium zu schaffen, das eine durch die Selbststilisierung des NS-Regimes unverstellte Untersuchung des historischen Nazismus erlaubt und es außerdem möglich macht, aktuelle Phänomene systematischer klassifizieren zu können. Im Frühjahr 2022 wurde der Eintrag schließlich doch noch abgelehnt.

Das im Artikel enthaltene Plädoyer ist dem Autor und der Redaktion der Sozial.Geschichte Online wichtig genug, um es stattdessen hier zu veröffentlichen. In der Nachbarschaft anderer Texte – insbesondere Karl Heinz Roths erneut abgedrucktem Artikel von 2004 ‚Faschismus oder Nationalsozialismus‘ – kommt außerdem der Charakter des abgelehnten HKWM-Artikels besser zum Tragen, der als Diskussionsbeitrag das Lexikalische gelegentlich überschreitet.¹

An einer Arche zu bauen, in der Begriffe und Kategorien gesammelt werden, bis für die Linke bessere Zeiten anbrechen, wie die HKWM-

¹ Deutlicher als Debattenbeitrag gefasst mittlerweile: Rüdiger Hachtmann, Nazismus und „Nationalsozialismus“, Die wechselvolle Geschichte zweier historischer Grundbegriffe und ihre politische Indienstnahme, Berlin 2022 [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/5-22_Onl-Publ_Nationalsozialismus.pdf].

*Herausgeber*innen ihren eigenen Anspruch formulieren, das wäre auch für den Autor ein wichtiges Projekt. Eine solche „Arche“ links von der SPD müsste in ihren Beiträgen allerdings die Pluralität der Linken spiegeln. Eine echte „Arche“ in diesem Sinn hätte zudem auch eine ausgeprägt bündnispolitische Funktion. Im Rahmen eines solchen Projektes Pluralität zuzugestehen, würde einen innerlinken Diskurs über zentrale Fragen begünstigen.*

*

Nazismus – dieser Begriff hebt im Unterschied zum Faschismusbegriff auf die Spezifika des „Nationalsozialismus“ ab. Zugleich ist der Terminus eine Kritik des Wortes „Nationalsozialismus“ (NS) und der dahinterstehenden Implikationen. Denn zur Begriffsbildung mit wissenschaftlichem Anspruch taugt der Terminus NS eigentlich nicht. Dazu ist er politisch-ideologisch zu stark kontaminiert. Semantische Wirkungsmacht und Nachhaltigkeit verdankt dieser Begriff den Frontstellungen des Kalten Krieges sowie den globalen politisch-ökonomischen Konstellationen seit 1989/90. Dennoch (oder vielmehr: deswegen) lässt sich die Verwendung des Begriffs „Nationalsozialismus“ auch für kritische Historiker nicht vermeiden. Seine Geschichte sowie die seiner Instrumentalisierung ist deshalb im Folgenden vor allem nachzuzeichnen.

Der Terminus „Nazismus“ (im Folgenden: Nz) wiederum war zwar im öffentlichen Diskurs und in der Alltagssprache im deutschsprachigen Raum seit Mitte der zwanziger Jahre ebenfalls durchaus präsent. Seit Mitte der dreißiger Jahre fand er allerdings kaum mehr Verwendung, weil das namensgebende Regime auf dem Etikett „Nationalsozialismus“ beharrte. Vergleichbares gilt für den Begriff Nz als wissenschaftliches Instrument: Er wurde seit den dreißiger Jahren in der kritisch-historischen wie politikwissenschaftlichen und soziologischen Diskussion insbesondere des Exils genutzt, verschwand nach 1945 allerdings aus dem wissenschaftlichen Diskurs – stillschweigend,

das heißt, ohne dass es eine Debatte über seinen heuristischen Wert gegeben hätte. Symptomatisch ist, dass die Schlagwörter „Nazi“ und „Nazismus“ seit den neunziger Jahren in den einschlägigen Handbüchern fehlen.²

In der Alltagssprache blieb der Terminus „Nazi“ nach 1945 zwar präsent, allerdings nur in verengter, vulgarisierter Form. Als „Nazis“ wurden fanatisierte Nationalsozialisten bezeichnet, die sich den neuen Verhältnissen im Nachkriegsdeutschland nicht anpassen wollten und oft genug ein rabaukenhaftes Auftreten kultivierten. Die Distanzierung von diesen „Nazis“ erlaubte und erleichterte es insbesondere den Funktionseliten mit ihrem elaborierten Sprachstil und (groß-)bürgerlichem Habitus, sich symbolisch vom NS-Regime abzugrenzen. Auch die historische Forschung ist den exkulpatorischen Intentionen zahlreicher Zeitgenossen aus den Funktionseliten von Wirtschaft, Wissenschaft und Militär lange Zeit aufgesessen und hat übersehen, dass spätestens nach dem „Röhm-Putsch“ Mitte 1934, das heißt der blutigen Liquidierung der SA-Führung, NS-Protagonisten mit einem oft dezidiert bürgerlichen Hintergrund und feinen Manieren das Sagen hatten. Insbesondere in der Bundesrepublik gerann der Terminus „Nazi“ zum Negativklischee, das es erlaubte, den Clash der Sozialkulturen zwischen (Groß-)Bürgertum und unterbürgerlichen SA-Rabauken der Anfangsjahre der NS-Diktatur in gezielt selbstrechtfertigender Absicht zu einem Gegensatz zwischen „fanatischen Nationalsozialisten“ und „anständigen Deutschen“ aufzubauschen. Dies erleichterte Letzteren zu behaupten, sie seien tatsächlich in der „inneren Emigration“ gewesen, hätten sich jedoch äußerlich anpassen müssen.

Organisationsbezogen wurden die Termini „Nazis“ und „Nazismus“ lediglich auf eine Teilgruppe des „Rechtsextremismus“ beziehungsweise „Rechtsradikalismus“ angewandt, nämlich auf NS-nostalgische oder offen faschistische Organisationen, so in den fünfziger Jahren auf

² Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997; Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin / New York 2000.

die Sozialistische Reichspartei und die Schwarze Front Otto Strassers, in den sechziger Jahren auf die NPD. Seit den sechziger Jahren erlebt der Terminus „Nazi“ und mit ihm, allerdings abgeschwächt, auch der Terminus Nz insbesondere in antifaschistischen Strömungen eine Renaissance, gleichfalls als Vulgärbegriff, nicht als präzisierende Kategorie.

Das Bundesinnenministerium und die offiziell für die Beobachtung des „Rechtsextremismus“ zuständigen bundesdeutschen Geheimdienste (Bundesnachrichtendienst und „Verfassungsschutz“) entwickelten zwar kein systematisierendes Kategoriensystem. Gleichwohl besaßen und besitzen diese Staatsorgane – unter anderem über den Verfassungsschutzbericht – eine von den Medien und darüber hinaus einer breiten Öffentlichkeit akzeptierte Definitionshoheit über die Begriffe „Rechtsextremismus“, „Rechtsradikalismus“ und damit auch „(Neo-)Nazismus“. Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang, dass die Termini „Radikalismus“ und insbesondere „Extremismus“ eine inflationäre und gleichzeitig variable, der jeweiligen Situation angepasste Verwendung finden.³ Dahinter steht ein politisch-ideologisches Kalkül, weil durch diese Termini „links“ und „rechts“ gleichgesetzt und zugleich die breiten Grauzonen zwischen Konservativismus, faschistoiden Strömungen wie der *Identitären Bewegung* sowie einem offenen Neo-Nazismus gezielt kaschiert werden.

Diesem Artikel liegt die Absicht zugrunde, in Anlehnung an frühe Analysen aus dem Exil sowie an den in der angloamerikanischen Forschung verwendeten Begriff „nazism“ den Terminus Nz als wissenschaftliche Kategorie zu schärfen und zu re-etablieren. Dies setzt eine intensive Auseinandersetzung mit dem Terminus „Nationalsozialismus“ voraus. Parallel ist außerdem die international vergleichende Funktion des Faschismus-Begriffs zu berücksichtigen.⁴

„Nationalsozialismus“ war zuallererst eine Selbstbezeichnung. Bereits für die Zeitgenossen markierte NS drei unterschiedliche Bedeutungsebenen. Der Begriff zielt auf:

³ Vgl. zum Beispiel Georg Fülberth, *Extremismus*, HKWM 3, 1997, Sp. 1208–1216.

⁴ Vgl. hierzu Reinhard Kühnl, *Faschismustheorie*, HKWM 4, 1999, Sp. 165–186.

1. das „weltanschauliche“ Konglomerat, das von NSDAP und NS-Bewegung mit ihrem Protagonisten Hitler an der Spitze um zentrale NS-Ideologeme ausgebildet wurde, vor allem: Rassismus, Antisemitismus; Anti-Sozialismus, Anti-Kommunismus („Novemberverbrecher“ / „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“); Bellizismus / Militarismus), und das gegen alle aus der Aufklärung und aus den Revolutionen vor allem des 18. und 19. Jahrhunderts herrührenden Emanzipationsbewegungen (Juden, Frauen, Arbeiterbewegung usw.) gerichtet war;
2. die (Massen-)Bewegung; neben NSDAP vor allem SA und SS, letztlich aber sämtliche NS-Sympathisant*innen;
3. das vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zunächst als „Kabinett der nationalen Einheit“ unter dem Reichskanzler Adolf Hitler eingesetzte staatliche Regime, welches das Deutsche Reich und zeitweilig weite Teile Europas vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 beherrschte.

Semantisch steht der Terminus „Nationalsozialismus“ in einem Nachbarschafts- und Spannungsverhältnis zu weiteren Begriffen, neben Nz insbesondere zu „(Hitler-)Faschismus“; „Totalitarismus“, „Extremismus“, aber auch zu verwandten Bewegungs- und Regimetypen wie dem „Mussolini-Faschismus“, rechtsautoritären (Militär-)Regimen oder auch dem NS teilweise vorausgehenden historisch-reaktionären Strömungen, die etwa unter „preußischem“ oder „deutschem Sozialismus“ und „konservativer Revolution“ firmierten. Umstritten sind neben dem sozialen Charakter des NS (als Bewegung und als Regime) das Ob und das Wie der Verknüpfung von NS (und Faschismus) mit der kapitalistischen Hochmoderne und die Rolle der traditionellen Funktionseliten bei der Entstehung der NS-Bewegung sowie der Etablierung des NS-Regimes und dessen Herrschaftsalltag.

Schon in zeitgenössischer Perspektive war der Terminus NS eine politisch motivierte Begriffsbildung. Bereits seine Wortbestandteile „national“ und „Sozialismus“ legen zudem eine gezielte Sprachpolitik der Schöpfer des Begriffes nahe. „Nation“ und „Nationalität“ rekur-

rieren semantisch auf das Phänomen der in erster Linie europäischen Nationenbildungen sowie die positiv konnotierten revolutionären oder reformorientierten Emanzipationsversuche des (vielschichtigen) Bürgertums, in zweiter Linie auf einen aggressiven, imperialistisch aufgeladenen Nationalismus, wie er insbesondere das wilhelminische Kaiserreich charakterisierte. Ab 1918 verschoben sich die Konnotationen. Protofaschistische, konservative und auch liberale Intellektuelle verwoben die Begriffe von „Nation“ und „nationaler Größe“ mit ihrer Kritik am Versailler „Schandvertrag“ und überhaupt mit Anti-Republikanismus.

Der Begriff „Sozialismus“ blieb mindestens im deutschen Sprachraum bis 1914 relativ eindeutig definiert. Im Grimm'schen Wörterbuch etwa blieb „Sozialismus“ 1905 definitiv bündig auf „bestrebungen der sozialdemokratie“ reduziert, also mit der von der SPD bis 1914 jedenfalls programmatisch intendierten Überwindung des Kapitalismus verknüpft.⁵ Eher ironisch kursierte daneben der Terminus „Kathedersozialisten“ im Sinne einer von ihren Gegnern seit 1871 so genannten akademischen Strömung, die sich vom klassischen Wirtschaftsliberalismus absetzte, für staatliche Interventionen plädierte sowie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in das semi-absolutistische wilhelminische Kaiserreich integrieren und damit „entradikalisieren“ wollte.⁶ Seit 1919 wurde der Sozialismusbegriff von rechten Strömungen gezielt ausgeweitet, verwässert und für eigene Ziele in Anspruch genommen, prominent etwa mit dem von Oswald Spengler seit 1919 postulierten „preußischen Sozialismus“ und analog zur Ausweitung des Revolutionsbegriffs hin zu „konservativer“ oder „nationaler Revolution“. Spengler begründete diese terminologische Ausweitung damit, „den deutschen Sozialismus von Marx befreien“ zu wollen.⁷ Dahinter nur demagogische Ambitionen zu sehen, greift zu kurz: Hintergrund waren die ökonomischen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs sowie

⁵ Jacob Grimm / Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 16, Leipzig 1905, S. 1826.

⁶ Vgl. hierzu Bernd Florath, Kathedersozialismus, HKWM 7/I, 2008, Sp. 504–514.

⁷ Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus [1919], Berlin 2016, S. 5.

die anschließende fundamentale Krise des Kapitalismus namentlich im deutschen Raum, die auch auf liberalkonservativer Seite zu „Gemeinwirtschafts“-Konzepten mit dem Anspruch der Systemtransformation führten (W. Rathenau, W. v. Moellendorff),⁸ und politische Entwicklungen, insbesondere die Oktoberrevolution 1917 und die Entstehung der Sowjetunion, die bis weit in die Reihen der Sozialdemokratie hinein zu Bemühungen führten, Sozialismuskonzepte zu „entbolshewisieren“ und überhaupt von politökonomischen Konzepten marxistischer Couleur abzukoppeln.

Den Terminus NS soll bereits Moses Heß um 1860 benutzt haben, nachweislich dann als erster der antisemitische Kathedersozialist Eugen Dühring (1871). Danach fand der Begriff in rascher Folge in Mitteleuropa vornehmlich in antisemitisch-rechtskonservative Kreise Eingang. Auch in Parteinaamen wurde der Terminus NS früh verwendet, zuerst von der (unbedeutenden) Tschechischen Nationalsozialistischen Partei (1898). Die 1903 in den österreichischen Kernlanden und deutschsprachigen Regionen der K.u.K.-Monarchie gegründete Deutsche Arbeiterpartei um den ehemaligen Sozialdemokraten Walther Riehl versammelte „Nationalsozialisten“, wie sie sich seit der Jahrhundertwende selbst nannten. Sie wurde im Mai 1918 offiziell in Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei umbenannt.⁹ Sie war ein Vorläufer der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins. Im Deutschen Reich dürfte nicht zuletzt die semantische Nähe zu verwandten Komposita, namentlich zum vornehmlich von Liberalen (unter anderen Friedrich Naumann und Max Weber) benutzten Kompositum „national-sozial“ Resonanz und relativ rasche Verbreitung des Schlagwortes NS zusätzlich begünstigt haben; Naumanns National-sozialer Verein trat 1896 ins Leben.

Die Anfang Januar 1919 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei nannte sich seit April 1920 Nationalsozialistische Deut-

⁸ Vgl. bspw. Wichard von Moellendorff, *Deutsche Gemeinwirtschaft*, Berlin 1916; Walther Rathenau, *Von kommenden Dingen*, Berlin 1917.

⁹ Vgl. Wolfgang Schieder, *Sozialismus*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 923–996, hier S. 994.

sche Arbeiterpartei (NSDAP). Für die NSDAP und ihren Hauptprotagonisten Hitler war das Etikett „nationalsozialistisch“ der semantische Gegenpol zu allem „Jüdischen“, allem „Bolschewistischen“ sowie überhaupt zu allem politisch Linken und sämtlichen demokratisch-emanzipatorischen Strömungen. Grob gleichbedeutend war „Nationalsozialismus“ für Hitler und seine Entourage mit ihrem gesellschaftlichen Ordnungsentwurf einer rassistisch-radikalnationalistischen „Volksgemeinschaft“.¹⁰ Seit etwa 1938 relativierte sich für wachsende Teile der NS-Bewegung, insbesondere für den „Reichsführer-SS“, Heinrich Himmler, und weitere wichtige SS-Protagonisten, die völkisch-nationalistische Dimension des Terminus NS zugunsten übernationaler Bedeutungsinhalte („arische“ oder auch „nordische Rasse“).

Ideologisch ist der Nz/NS bekanntlich wenig originell gewesen. Statt von einer (konsistenten) Ideologie muss mit Blick auf den Nz/NS von einem inkonsistenten Ideologiekonglomerat gesprochen werden, das sich um vier zentrale Ideologeme herum gruppierte. Dabei handelte es sich erstens um eine grundsätzliche Feindschaft gegenüber allen Strömungen der organisierten Arbeiterbewegung, die auch etwa die entsprechenden Organisationen des katholischen Zentrums einschloss, vor allem aber um einem fundamentalistischen Anti-Marxismus, Anti-Kommunismus und Anti-Bolschewismus, der aus der ebenfalls grundsätzlichen Ablehnung der Revolution von 1918/19 herrührte; es ist kein Zufall, dass die meisten Protagonisten des NS-Regimes in den Freikorps und protofaschistischen Organisationen zu Beginn der Weimarer Republik sozialisiert worden waren. Zweitens war der Nz/NS in einem umfassenden Sinne rassistisch; charakteristisch war für ihn das ausschließliche Denken und Handeln in Kategorien vermeintlich höher- und minderwertiger Völker. Zugespitzt war dieser allgemeine Rassismus im Antisemitismus, der Menschen aufgrund angeblicher rassischer (nicht: konfessioneller) Herkunft als „Juden“ stigmatisierte, verfolgte und schließlich im Holocaust systematisch ermordete.

¹⁰ Vgl. Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus* (wie Anm. 1), S. 417–424.

Zum Rassismus gehören auch „Sozialhygiene“, „Eugenik“ und „Rassenhygiene“ – als ein „Rassismus nach innen“, der „Rassereinheit“ und „Aufartung der deutschen Rasse“ zum Ziel hatte. Beide Kernelemente der NS-Ideologie, Antisemitismus / Rassismus und Anti-Marxismus / Anti-Kommunismus, rühren aus der gleichen Wurzel: Der Nz/NS war die extremste Form der ideologischen Gegenrevolution – entschieden gegen jegliche Form der (vom Nz/NS explizit mit der Großen Französischen Revolution 1789 verknüpften) Aufklärung sowie sämtlicher daraus resultierender Emanzipationsbewegungen.

Drittens war der Nz/NS radikalnationalistisch und knüpfte dabei an den Imperialismus des deutschen (Spät-)Wilhelminismus an, der durch den angeblichen „Schandvertrag von Versailles“ sowie die „Dolchstoßlegende“ seit Anfang der zwanziger Jahre zusätzliche Nahrung erhalten hatte.

Viertes Ideologem war schließlich ein unbedingter Bellizismus, mit dem nach innen seit 1933 eine systematische Militarisierung der deutschen Gesellschaft korrespondierte. „Bellizismus“ heißt, dass die von den NS/Nz avisierten Kriegsziele weit über „normale“ imperialistische Ambitionen hinausgingen. Krieg – bis zur Weltherrschaft und wohl noch darüber hinaus – war Selbstzweck und fand seinen Ausdruck in entsprechenden Geschlechteridealen, mit dem männlichen Krieger als dominantem Part. Die Formel von den „Soldaten der Arbeit“ (Adolf Hitler / Robert Ley) brachte zum Ausdruck, dass Krieg und Militarisierung auch das Alltagsleben auf allen, auch den vordergründig zivilen Feldern durchziehen sollte.

Über diese vier Ideologeme hinaus war die NS-Ideologie nicht konsistent. Auch das – dem Militär abgeschaut – „Führerprinzip“ entpuppt sich bei näherem Hinsehen in die verschiedenen Teilbereiche der NS-Gesellschaft als eher nominell. Tatsächlich waren meist Cliques oder größere Gruppen (der neuen NS-Elite und ebenso der etablierten Funktionseleiten) tonangebend. Lediglich die meist bewusst unpräzise formulierten politisch-ideologischen Statements Hitlers waren sakrosankt.

Antisemitismus und Rassismus, Nationalismus und Imperialismus, Feindschaft gegenüber der Arbeiterbewegung und Bellizismus / Militarismus als zentrale Ideologeme des NS wurzeln tief im 19. Jahrhundert, ebenso der für den Nz/NS als Bewegung konstitutive Antisozialismus und Antikommunismus sowie überhaupt dessen gegen Aufklärung und Emanzipation und Demokratie gerichtete Grundtendenz. Vergleichsweise originell dagegen ist die auf Hitler zurückgehende Formel von den „Novemberverbrechern“, die alle ideologischen Elemente (auch Antisemitismus und Russophobie) bündelte und als roter Faden Selbstverständnis wie Praxis des NS durchzog („November-syndrom“).

Die Inkonsistenz der NS-Ideologie war kein Defizit, sondern kalkuliert. Ein enormer Vorteil der ideologischen Heterogenität und Diffusität des Nz/NS war, dass sich unterschiedlichste – teilweise auch entgegengesetzte – Interessen und entsprechend verschiedenste Sozialgruppen positiv auf den Nz/NS beziehen konnten. Nicht zuletzt deshalb verschaffte der Nz/NS gegenrevolutionären Strömungen in den zwanziger Jahren eine Massenbasis. Diese waren sozial zunächst wesentlich aristokratisch-distinkt und nur zu kleineren Teilen (klein-) bürgerlich sowie „lumpenproletarisch“ geprägt sowie programmatisch zudem auf eine bloße Restauration der Hohenzollernmonarchie gerichtet gewesen. Der Nz/NS „proletarisierte“ die Gegenrevolution; er öffnete sie für breitere „Volksschichten“, vor allem die alten und neuen „Mittelschichten“ (selbständiges Kleingewerbe; bäuerliche Bevölkerung; Angestellte), zu Teilen für Arbeitnehmer in noch stark handwerklich geprägten mittleren und kleinen Industriebetrieben außerhalb der großstädtisch geprägten Wirtschaftszentren. Zu Recht ist die NSDAP als Volkspartei charakterisiert worden; sie besaß freilich einen kräftigen Mittelstandsbauch.

Zur Massenbewegung wurde der Nazismus nicht nur aufgrund von Inkonsistenz und Diffusität seiner Ideologie, die diese für unterschiedlichste Interessen und (damit) soziale Schichten als positiven Bezugspunkt anschlussfähig machte, sondern außerdem aufgrund der

Weltwirtschaftskrise, die Deutschland mit besonderer Wucht traf. Es waren nicht das industrielle Proletariat und auch nicht die erwerbslosen Arbeiter, die überdurchschnittlich für die NSDAP votierten. Die klassischen sozialistischen Arbeitermilieus blieben ebenso wie das katholische Milieu trotz Erosionserscheinungen vielmehr bis 1933 in bemerkenswerter Weise resistent gegenüber NS-Einflüssen. Es war vielmehr eine dramatische „Panik im Mittelstand“,¹¹ die breite Schichten vor allem der protestantisch geprägten neuen wie alten Mittelschichten zu Hitlers Wählern werden ließen.¹²

Obwohl die NSDAP über dreißig Prozent der Wählerstimmen erhielt (Juli 1932: 37,4%; Nov. 1932: 33,1%; März 1933: 43,9%), war das NS-Regime keineswegs zwangsläufig. Den Nazis wurde die Macht übergeben – durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und die hinter ihm stehende Strömung traditioneller Funktionseliten. Umstritten ist, wie breit diese Strömung gewesen ist. Waren es nur ostelbische Großagrarien, die Hindenburg dazu veranlassten, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen und die NS-Bewegung an die politischen Schalthebel zu bringen? Oder standen hinter Hitler, der NSDAP und ihren durch Franz von Papen personifizierten Bündnispartnern im „Kabinett der nationalen Einheit“ sehr viel breitere Schichten der etablierten Funktionseliten?

Diese Frage ist bis heute kontrovers. Sie ist dies nicht zuletzt deshalb, weil die Kommunikationsprozesse zwischen beiden Seiten überwiegend informell – das heißt, meist mündlich und damit ohne schriftliche Spuren – waren. Lange Zeit wurde versucht, diese Frage über konkrete Geldflüsse nachzuweisen. Erschwert wurden und werden derartige Nachweise dadurch, dass auch die finanziellen Zuwendungen in aller Regel informell – ohne Quittungen und ähnliches – getätigt wurden und entsprechende Quellen aufgrund der Vernichtung einschlä-

¹¹ So der Titel dieses Artikels von 1930: Theodor Geiger, Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, 7 (1930), 10, S. 637–654.

¹² Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

giger Akten sowie des nach wie vor oft restriktiven Zugangs zu privaten Unternehmensarchiven schwer zu eruieren sind.¹³

Zudem blenden Erklärungsansätze, die eine unmittelbare Finanzierung der NSDAP durch große Gruppen des Industrie- und/oder Bankkapitals zu Kriterien machen, das historisch komplexere Verhältnis von Kapital und NS-Bewegung beziehungsweise NS-Regime aus. Dies hat sich bereits in einer Debatte in der Zeitschrift „Das Argument“ über die Frage gezeigt, ob seit 1933 ein Primat der Ökonomie oder ein Primat der Politik bestanden habe. Strukturelle Erklärungsversuche, die (unter Rückgriff auf Marx' „18. Brumaire“ von 1852 und Aufsätze vor allem August Thalheimers 1928 ff.) als „Bonapartismus-Theorie“ oder (mit Bezug vor allem auf die umfangreiche Untersuchung *Behemoth* des sozialdemokratischen Politikwissenschaftlers Franz Leopold Neumann) als „Polykratie“-Konzept firmieren, bieten hier vielversprechende Theorieansätze.¹⁴ Darüber hinaus war allein das industrielle Kapital in mehrere Fraktionen zersplittert, wie – mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt – insbesondere Alfred Sohn-Rethel in Aufsätzen bereits Anfang der dreißiger Jahre herausgearbeitet hat.

Bis heute ist das Verhältnis von NS – als Ideologie, Bewegung und Regime – und Kapitalismus kontrovers geblieben. Das Diktum von Max Horkheimer, „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen“,¹⁵ wurde namentlich in der bundesdeutschen Historiographie seit den achtziger Jahren oft in sein Gegenteil verkehrt. Verkannt oder ignoriert wurde dort, dass die NS-Volkswirtschaft bereits seit Frühjahr 1933 deutlich konturierte, bellizistische

¹³ Dies gilt trotz bemerkenswerter neuerer Untersuchungen wie z. B. Karsten Schönbach, *Die Deutschen Konzerne und der Nationalsozialismus 1926–1943*, Berlin 2015.

¹⁴ Vgl. August Thalheimer, *Über den Faschismus*, in: *Faschismus und Kapitalismus*, hg. von Wolfgang Abendroth, Frankfurt a. M. 1967, S. 19–38 (zuerst: *Gegen den Strom*. Organ der KPD/Opposition 1930); vgl. Karl Marx, *Der 18te Brumaire des Louis Napoleon (Bonaparte)*, in: MEW 8, Berlin 2009, S. 111–207; Franz Leopold Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*, Frankfurt a. M. 1977 (englische Erstausgabe 1942/44).

¹⁵ Max Horkheimer, *Die Juden in Europa [1939]*, in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Frankfurt a. M. 1988, S. 308–334, hier S. 308 f.

Züge besaß, die 1934 und Ende 1936 zunehmend sichtbar wurden und vor dem Hintergrund des weitgehenden Zusammenbruchs der Weltwirtschaft von Anbeginn Devisenbewirtschaftung sowie überhaupt Autarkiepolitik und andere staatliche Interventionen implizierten. Breite Strömungen der westlichen NS-Forschung unterschlugen, dass jede moderne Kriegswirtschaft Elemente stärkerer staatlicher Lenkung aufweist. Sie postulierten einen uneingeschränkten Primat der Politik und imaginierten die NS-Ökonomie als neuen Typus von Volkswirtschaft jenseits von Kapitalismus und Sozialismus. Leicht hatte es die These vom vorgeblich neuen Typus einer nicht mehr marktwirtschaftlichen, sondern „staatlich organisierten“ NS-Volkswirtschaft vor dem Hintergrund

- a) des NS-Antisemitismus und des Holocaust, die sich in der Tat in vielfältiger Hinsicht Kriterien einer unmittelbaren ökonomischen Funktionalität entziehen;
- b) der ökonomistisch verkürzenden Dimitroff-Doktrin der Komintern;
- c) des Tatbestandes, dass sich eine unmittelbare Finanzierung der NS-Bewegung vor 1933 durch breitere Kreise ökonomischer Funktionseliten aus methodischen Gründen nicht oder nur schwer nachweisen lässt. Tatsächlich lassen sich NS-Bewegung und NS-Regime nicht auf die Rolle einer bloßen „Agentur“ des Kapitals oder bestimmter Kapitalfraktionen reduzieren.

Allerdings blieben auch liberalkonservativen Historikern der wirtschaftspolitische Pragmatismus und die Ideologisierung von Marktwirtschaft und „freier Unternehmerinitiative“ durch führende NS-Protagonisten nicht verborgen. So hat der US-amerikanische Wirtschafts- und Unternehmenshistoriker Henry Ashby Turner bereits frühzeitig Hitler als einen unbedingten Anhänger des „liberalen Konkurrenzprinzips“ bezeichnet.¹⁶ Ähnlich früh haben bundesdeutsche

¹⁶ Henry Ashby Turner, Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft vor 1933, *Geschichte und Gesellschaft*, 2 (1976), S. 89–117, hier S. 95; vgl. resümierend Christoph Buchheim,

Historiker auch die herausragende Rolle großer industrieller Konzerne und deren maßgeblichen Einfluss auf die NS-Politik betont. Dietmar Petzina hat mit Blick auf den Vierjahresplan des NS-Regimes Ende 1936 sogar von einer „privaten Durchdringung der Wirtschaftspolitik“ sowie deren „Privatisierung“ zugunsten „großer Monopolgruppen“ wie der IG Farbenindustrie und der Vereinigten Stahlwerke gesprochen.¹⁷ Der undogmatische Sozialist Alfred Sohn-Rethel hatte bereits in den dreißiger Jahren in Aufsätzen die Vereinigten Stahlwerke aus strukturellen betriebsökonomischen Gründen zum treibenden Element bei der Installierung des NS-Regimes erklärt.¹⁸

Die Affinitäten der meisten führenden Repräsentanten des NS-Regimes zum „liberalen Konkurrenzprinzip“ sind im Übrigen bereits im NS als Ideologie angelegt und werden dort gleichzeitig radikalisiert: Das Ideologem eines unbedingten Rassismus schließt Sozialdarwinismus ein.

Die Protagonisten des Nz/NS spekulierten nicht nur auf die politische, sondern ebenso auf die sozialökonomische Suggestivkraft des Schlagwortes „Nationalsozialismus“: „Sozialismus“ impliziert die Überwindung der privaten Verfügungsgewalt über Kapital in seinen unterschiedlichen Formen.¹⁹ Die permanente Verwendung des Attributs „nationalsozialistisch“ und der inflationäre Gebrauch des Wortes „Sozialismus“ durch Repräsentanten der NS-Bewegung und des NS-Regimes verdeckten kalkuliert, dass diese keineswegs den auf Privateigentum basierenden Kapitalismus überwinden wollten, sondern im

Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933–1945, *Historische Zeitschrift*, 282 (2006), 2, S. 351–390.

¹⁷ Vgl. Dieter Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968, S. 197.

¹⁸ Vgl. Alfred Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, hg. von Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke, Frankfurt a. M. 1973, bzw. unter dem Titel: *Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem „Mitteleuropäischen Wirtschaftstag“*, hg. von Carl Freytag, Berlin 1992.

¹⁹ Vgl. Wolfgang Fritz Haug, *Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten*, Frankfurt a. M. 1967, S. 48–53; Ders., *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*, Hamburg / Berlin 1993.

Gegenteil während der Krise (teil-)verstaatlichte Großbanken und Konzerne wie die Vereinigten Stahlwerke ab Mitte der 1930er Jahre reprivatisierten und überdies eine Privatisierung zunächst parteieigener Unternehmen wie der Hermann-Göring-Werke ins Auge fassten.

Zentrale Akteure der Diktatur setzten gezielt auf die systemtranszendierenden Assoziationen, die in breiten Gesellschaftsschichten mit dem Terminus „Sozialismus“ verbunden wurden, um das Festhalten des NS-Regimes an den bestehenden ökonomischen Grundkonstellationen zu kaschieren. Exemplarisch dafür steht der NSDAP-Reichsorganisationsleiter und Führer der für die breite deutsche Arbeitnehmerschaft geschaffenen Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley, dem manche Historiker bis heute besonders starke „sozialistische“ Neigungen unterstellen. Ley, in dessen Reden es von Sozialismus-Phrasen nur so wimmelt, entkoppelte „Sozialismus“ bewusst von allen ökonomisch-gesellschaftlichen Implikationen. Er verknüpfte das Wort vielmehr mit einem rassistischen „Volksgemeinschafts“-Begriff, der sowohl die jeweilige Gegenwart der NS-Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 als auch die avisierte („utopische“) Sozialordnung charakterisieren sollte; die NS-Selbstbezeichnung „Volksgemeinschaft“ wiederum wurde innerhalb der NS-Forschung in den letzten zwei Jahrzehnten in problematischer Weise zu einem analytischen Begriff aufgewertet.²⁰

Ley und andere NS-Protagonisten fabulierten vom „Sozialismus der Tat“, den das NS-Regime und die DAF errichten würden, verknüpfte den Terminus „Sozialismus“ auf das engste mit einem NS-spezifischen, rassistisch-bellizistischen „Arbeits“- und „Gemeinnutz“-Begriff, band beide an das Ideologem der „Volks-“ und vor allem „Leistungsgemeinschaft“, sprachen vom „Adel der Arbeit“ sowie von der „Arbeit als Ausdruck des schöpferischen Geistes“. Leys „sozialis-

²⁰ Vgl. z. B. Frank Bajohr / Michael Wildt (Hg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2009; Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.), *„Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“?*, Paderborn 2012; Ian Kershaw, *„Volksgemeinschaft“: Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzeptes*, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 59 (2011), S. 1–17.

tisch-volksgemeinschaftliche“ Elogen kulminierten in der Formel: „Arbeit ist eine Funktion der [arischen] Rasse“.²¹

„Sozialismus“ als inflationär verwendete NS-Phrase übertünchte rhetorisch eine weiterhin privatkapitalistisch grundierte, von hohen Profiterwartungen getriebene ökonomische Praxis. Selbst unmittelbar im NS-Besitz befindliche Konzerne, etwa des weitverzweigten gigantischen DAF-Unternehmenskomplexes, blieben in ihrem Handeln wirtschaftsliberalen Grundsätzen verpflichtet.²²

Die bereits in den 1920er Jahren und dann verstärkt vom „Nazismus“ vorgenommenen Ausweitungen und Verschiebungen des Sozialismusbegriffs sowie das in Politik und Propaganda bis 1945 omnipräsente Schlagwort NS glitten, wie Victor Klemperer beobachtete, „in Fleisch und Blut der Menge über durch die Einzelworte, die Redewendungen, die Satzformen, die er ihr in millionenfachen Wiederholungen aufzwang und die mechanisch und unbewußt übernommen wurden“.²³ Damit war der Boden für eine Akzeptanz des Terminus NS auch nach 1945 in der westdeutschen Gesellschaft bereitet.

Zwar kritisierten auch maßgebliche Repräsentanten der Sozialdemokratie wie Kurt Schumacher (in seiner ersten öffentlichen Rede vom 6. Mai 1945) die Weiterverwendung des Begriffs NS massiv, weil der Rekurs auf die Selbstbezeichnung der „Nazis [die] Idee des Sozialismus schändlich beflecken“ und deren fundamentale „Feindschaft gegen die arbeitenden Klassen und [...] ihre Emanzipation“ überdecken würde.²⁴ Dennoch wurde der Terminus NS in der Bundesrepublik zur Charakterisierung des mit dem Namen Hitler verbundenen Regimes sowie der mit diesem assoziierten Ideologie und Bewegung vom

²¹ So Ley auf der DAF-Reichstagung vom 3. und 4. Dezember 1935, zit. nach: Rüdiger Hachtmann, Arbeit und Arbeitsfront. Ideologie und Praxis, in: Michael Wildt / Marc Buggeln (Hg.), Arbeit im Nationalsozialismus, Hamburg 2014, S. 83–106, hier S. 94 und S. 96.

²² Vgl. Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933 bis 1945, Göttingen 2012, S. 573–579.

²³ Klemperer, Victor, LTI [1946], Leipzig 1975, S. 26.

²⁴ Zit nach Kurt Schumacher, Reden, Schriften, Korrespondenzen 1945–1952, hg. von Willy Albrecht, Berlin / Bonn 1985, S. 208; Vgl. Ulla Plener, Eine Aufforderung zur Diskussion, Das Argument, 322 (2017), S. 235–237.

Mainstream der wissenschaftlichen Forschung übernommen – und diese Übernahme der Selbstbezeichnung NS wurde nur selten kritisch reflektiert.²⁵

In der DDR und in Osteuropa sprach man dagegen bis 1989 von „deutschem Faschismus“ oder „Hitlerfaschismus“, im angloamerikanischen (und ähnlich auch im spanischen) Sprachraum lange Zeit von „nazism“. Inzwischen hat sich aber auch in der angloamerikanischen Forschung der Terminus „national socialism“ statt „nazism“ weitgehend durchgesetzt. Die unterschiedlichen Etikettierungen und die semantische Hegemonie des Terminus NS sind nicht wissenschaftlich begründet, sondern durch die globalen Konstellationen seit 1945 bedingt, insbesondere durch die bis heute nachwirkenden politischen Frontstellungen des Kalten Krieges.

Allerdings ist auch die Kritik an einem inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs, an dessen relativ unterschiedsloser Anwendung auf alle rechtsautoritären Regime berechtigt, zumal wenn der Terminus nicht in analytischer, sondern in polemisch-denunziatorischer Absicht eingesetzt wird. Gleichwohl bleibt der Begriff „Faschismus“ heuristisch wertvoll. Denn er verweist auf einen gesamteuropäischen und tendenziell globalen Trend (mindestens) der Zwischenkriegszeit sowie auf den italienischen (Mussolini-)Faschismus als Vorbild vergleichbarer Bewegungen und Regime. Zu Recht sind – auch in der neueren bundesdeutschen Forschung – die Ähnlichkeiten zwischen den Faschismen herausgearbeitet und Parallelen betont worden, angefangen bei der Form der „Machtergreifung“ und Machtübergabe sowie dem Führerkult über Sozialstruktur, Habitus und Praxis der faschistischen Massenbewegungen sowie exzessiver Gewaltanwendung und Bewegungs- wie Staatsterrorismus bis hin zu Rassismus, Antisemitismus und „Eugenik“.²⁶

²⁵ Eine der wenigen Ausnahmen ist der in diesem Heft (S. XX-YY) dokumentierte Artikel von Karl Heinz Roth, Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft, in: *Sozial.Geschichte*, 19 (2004), S. 31–52.

²⁶ Vgl. z. B. Wolfgang Schieder, *Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland*, Göttingen 2008; Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im*

Faschismus als Oberbegriff schließt im Übrigen Differenzierung und Typologisierung nationaler Spezifika nicht aus. Dass zudem eine plausible Typologisierung und Abgrenzung zu verwandten Bewegungs- und vor allem Regimetypen, etwa zu rechtsautoritären Militärdiktaturen, schwierig bleibt, schränkt den heuristischen Wert des Faschismusbegriffs nicht grundsätzlich ein. Insbesondere für eine international vergleichende wie transnationale Forschung bleibt der Begriff „Faschismus“ unverzichtbar.²⁷

Trotz einer relativ elaborierten internationalen Faschismusforschung beharrt der meist auf Deutschland zentrierte Mainstream der liberal-konservativen bundesdeutschen Forschung auf der Selbstbezeichnung NS als vermeintlich analytischem Begriff sowohl für die mit der NSDAP und dem Namen Hitler verbundene Ideologie und Bewegung als auch und vor allem für das deutsche Herrschafts- und Gesellschaftssystem zwischen 1933 und 1945. Dass dahinter dezidiert nicht-wissenschaftliche, politische Absichten stehen, lässt sich auch daran ablesen, dass die Möglichkeit einer Verwendung des Begriffs Nz als einer angemesseneren Kategorie, die unmissverständlich und ohne semantisch-politisch irreführende Implikationen auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Spezifika der deutschen Verhältnisse abhebt, im wissenschaftlichen Diskurs nicht einmal in Erwägung gezogen wird.

Im alltäglichen Sprachgebrauch war „Nazi“ bis Anfang des 20. Jahrhunderts nichts weiter als die verkürzende Koseform von „Ignaz“. Als politisches Kürzel scheint das Wort „Nazi“ in Deutschland vereinzelt bereits um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in die Umgangssprache Eingang gefunden zu haben, als Abkürzung für die „National-Sozialen“ um Friedrich Naumann. Mitte 1922 griff

italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, Köln u. a. 2002.

²⁷ Vgl. als neuere Literaturüberblicke z. B. Sven Reichardt, Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung, *Mittelweg* 36, 16 (2007), 1, S. 9–25; Fernando Exposito, Faschismus – Begriff und Theorien, Version 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 06.05.2016, [http://docupedia.de/zg/esposito_faschismus_v1_de_2016]; Rüdiger Hachtmann, Wie einzigartig war das NS-Regime? Autoritäre Herrschaftssysteme der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Vergleich – ein Forschungsbericht, *Neue Politische Literatur*, 62 (2017), 2, S. 229–280.

Kurt Tucholsky, unter seinem bekannten Pseudonym Peter Panter, den Terminus „Nazi“ in einem kurzen Artikel der Weltbühne auf, allerdings ohne dezidiert politische Konnotationen, als „Gattungs“-Begriff für „schmierige“ und „aufdringliche“, eingewanderte „oesterreichische, mährische und speziell wienersche“ Neu-Berliner, die „den Wurstlprater für den Mittelpunkt der Welt“ hielten.²⁸ Bei Tucholsky war der Terminus Nz noch nicht eindeutig auf proto- und frühfaschistische Bewegungen und deren Akteure gemünzt. Als Kurzbezeichnung für „Nationalsozialist(en)“ scheint sich „Nazi“ dann in der Folgezeit rasch durchgesetzt zu haben, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der österreichischen Abstammung der NS-Zentralfigur Hitler.²⁹

Ab Mitte der zwanziger Jahre war die Verwendung des Terminus Nz weit verbreitet, anfänglich auch als Selbstbezeichnung der NS, analog zum umgangssprachlichen „Sozi“. Als analytische Kategorie wurden *nazism* sowie *nazis* und *nazidom* in einer Mitte 1934 von der britischen *Labour Party* herausgegebenen, anonymen Schrift eingeführt; Verfasser dieser Schrift waren vermutlich der linkssozialistische Historiker Arthur Rosenberg, Verfasser unter anderem von „Vorgeschichte“ und „Geschichte der Weimarer Republik“,³⁰ sowie der sozialdemokratische Arbeitsrechtler und Politikwissenschaftler Franz Leopold Neumann, Verfasser des „Behemoth“ (1942/44).³¹ Beide Autoren betonen den Rassismus, die extrem reaktionäre und vor allem gegen die organisierte Arbeiterbewegung gerichtete Grundtendenz der NS-Bewegung und des NS-Regimes sowie – unter dem Eindruck der Beseitigung der SA-Führung unter Ernst Röhm – deren „marriage with monopoly capitalism and the old reactionary forces“.³²

²⁸ Kurt Tucholsky (unter dem Pseudonym Peter Panter), Die „Nazis“, in: Die Weltbühne, 23 (1922), S. 586–588.

²⁹ o. V., Wann und wo ist „Nazi“ als Bezeichnung für Anhänger Hitlers zuerst belegt?, in: Der Sprachdienst, 43 (1999), 1, Sp. 28 f.

³⁰ Zu Rosenberg vgl. Mario Keßler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln / Weimar / Wien 2003.

³¹ Vgl. ebenda, S. 201, Fußnote 75.

³² Vgl. Labour Party (Hg.), Nazis, Nazism, Nazidom, London 1934, Zitate S. 30.

Zwar überbewerten die beiden Autoren für die von ihnen fokussierte Anfangszeit der NS-Diktatur die Orientierung am italienischen Faschismus und an einem ständisch geprägten Korporatismus. Ständisch-korporatistische Ideen – das konnten Rosenberg und Neumann zum Zeitpunkt des Erscheinens der Schrift noch nicht wissen – ließen die Protagonisten der NS-Diktatur spätestens 1935/36 fallen; die Unternehmer besaßen mit der Reichswirtschaftskammer sowie den Reichsgruppen (darunter den Reichsgruppen Industrie und Banken) samt Wirtschaftskammern und Wirtschaftsgruppen weiterhin relativ autonome Organe, die lediglich vordergründig korporatistische Züge besaßen, de facto jedoch Lobbyorganisationen mit weitreichenden Kompetenzen waren. Überhaupt bildete das NS-Regime relativ rasch eine eigenständige Form einer „Neuen Staatlichkeit“ aus, die sich gravierend auch vom – zudem weiterhin in ein monarchisches System eingebundenen – Mussolini-Faschismus unterschied.³³ Aber selbst wenn man die Bedeutung des ständischen Elements für die Anfangsjahre relativiert und korrigiert (was Neumann in seinem *Behemoth* getan hat) und zudem auf die Eigenständigkeit der NS-Herrschaftsstrukturen gerade auch im Vergleich zum italienischen Vorbild insistiert, spricht nichts gegen eine Verwendung des Terminus Nz als analytischem Oberbegriff für die „deutschen Verhältnisse“.

Auch innerhalb der sich stärker auf die Sowjetunion beziehenden Strömungen des Marxismus wurde der Begriff Nz zur Kennzeichnung der Spezifika der deutschen Entwicklung verwendet, namentlich von Georg Lukács. In einem im Januar 1943 verfassten Aufsatz bezeichnet Lukács „die nazistische Barbarei [als] eine noch nie dagewesene Erscheinung in der Geschichte der Menschheit“, die alle bisherigen Varianten der Gegenrevolution und Faschismen „in den Schatten ge-

³³ Vgl. Rüdiger Hachtmann, Elastisch, dynamisch und von katastrophaler Effizienz – Anmerkungen zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus, in: Wolfgang Seibel / Sven Reichardt (Hg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. / New York 2011, S. 29–73; vgl. Rüdiger Hachtmann, Polykratie. Ein Schlüssel zur Analyse der NS-Herrschaftsstruktur? Version 1.0, Docupedia-Zeitgeschichte, 01.06.2018, [https://docupedia.de/zg/Hachtmann_polykratie_v1_de_2018].

stellt“ habe. Als ideologischen Kern des Nz, als das „theoretische‘ Fundament der fürchterlichsten Barbarei, die die Menschheitsgeschichte bisher kannte“, identifiziert er die „Rassentheorie“, die „die prinzipielle Ungleichheit der Menschen und Völker proklamier“, in direktem Gegensatz zu allen Formen der Aufklärung und Emanzipation: Erst der nazistische Rassismus erlaubte „die Entfesselung, ja die Mobilisierung aller barbarischen Instinkte, die noch in vielen Menschen schlummern“. ³⁴

Nach 1945 fand der Begriff Nz zwar durchaus Verwendung, wissenschaftlich und juristisch im deutschen Sprachraum in der Regel allerdings nur als Teil des Begriffs „Entnazifizierung“. Alltagssprachlich blieben die Termini „Nazi“ und „Nazismus“ ebenfalls recht verbreitet, jedoch vor allem in der angesprochenen verengten und exkulpatorischen Weise sowie auf Seiten eines Antifaschismus, wo er in der Bundesrepublik im Kontext der (früher beginnenden) 1968er-Bewegung parallel zum Aufstieg der NPD eine semantische Konjunktur erlebte und bis heute gebräuchlich geblieben ist (auch als „Neo-Nazi[smus]“), oft freilich pejorativ-polemisch, unter Verzicht auf seine analytischen Potenzen. Im herrschenden wissenschaftlichen Diskurs wird der Begriff Nz bis in die Gegenwart dagegen sorgsam vermieden.

Wenn der Terminus Nz sich weit besser als die Selbstbezeichnung „Nationalsozialismus“ eignet, die Spezifika von NS-Ideologie, NS-Bewegung und NS-Regime semantisch herauszustreichen: Warum hält die bundesdeutsche und darüber hinaus die westliche Historiographie dennoch geradezu störrisch an der Selbstbezeichnung der Hitler-Bewegung und des Hitler-Regimes und der von beiden ausgebildeten Ideologie als „Nationalsozialismus“ fest?

Weit offener als Wissenschaftler äußern sich Politiker zu den Beweggründen. So begründete der damalige CSU-Vorsitzende und bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber in einem Interview in der Frankfurter Rundschau vom 28. September 1979 die Präferenzen für

³⁴ Georg Lukács, Der Rassenwahn als Feind des menschlichen Fortschritts [1943], in: ders., Schicksalswende. Beiträge zu einer neuen deutschen Ideologie, Berlin 1956, S. 113, 119, 127.

die Verwendung des Terminus NS mit der schlichten Behauptung: „Schließlich war der Nationalsozialismus auch eine Variante des Sozialismus“. Das anhaltende Insistieren auf den Terminus NS für die Ideologie der Hitler-Bewegung und ebenso der deutschen Diktatur 1933 bis 1945 ist also eine Erbschaft des Kalten Krieges und bis heute ein zentrales Element einer hegemonialen Sprachpolitik, die politisch kalkuliert „Nationalsozialismus“ und „Sozialismus“ gleich welcher Couleur semantisch in engste Nachbarschaft rückt und dies mit nivellierenden, ‚links‘ und ‚rechts‘ überwölbenden Begriffen wie „Totalitarismus“ und „Extremismus“ zusätzlich stützt – in der Absicht, Überlegungen zu sozialistischen Strategien und einer künftigen sozialistischen Gesellschaft bereits im Vorfeld rationaler Diskussion wirkungsvoll zu diskreditieren.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub

universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/77477

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20230405-105150-1

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 33 (2022), S. 311-332



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.